

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE.Potsdam

Nr.: 02/2011

18. Jahrgang

29. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 2. März 2011

Eltern wünschen mehr Gesamtschulplätze für ihre Kinder

Es wird den Fraktionen der Rathauskooperation nicht leichtgefallen sein, einen Dringlichkeitsantrag zu stellen, damit dem Elternwillen nach einem Platz in der Gesamtschule nachgekommen werden kann.

Die Anmeldewünsche der Eltern gehen nämlich gerade ein, und der erste Überblick lässt vermuten, dass viel mehr Eltern ihre Kinder in einer Gesamtschule lernen lassen wollen als Plätze in der Stadt vorhanden sind.

Eine Tatsache, auf die die LINKE seit mehreren

Jahren hinweist, die aber von den anderen Parteien bewusst ignoriert worden ist. Sämtliche Anträge dazu im Vorfeld, den Schulentwicklungsplan nach dem vorhersehbaren Elternwillen aufzustellen, waren abgeblockt worden, weil die LINKE mit ihrem favorisierten Modell der Gesamtschule nicht Recht haben durfte.

Etwa 200 Gesamtschulplätze fehlen nach gegenwärtiger Schätzung zum Schuljahresbeginn 2011.

Die eingetretene Vorhersage der LINKEN hat die CDU/ANW und SPD nun zu einem Dringlichkeitsantrag bewogen, „abweichend von der Schulentwicklungsplanung am Standort Ernst-Haeckel-Straße die Einrichtung einer Filiale für die Voltaire-Gesamtschule zu prüfen“. Alternativ sei die Einrichtung einer neuen Gesamtschule an diesem Standort vorzunehmen.

Stefan Wollenberg erinnerte in der Diskussion daran, dass nun schon im dritten

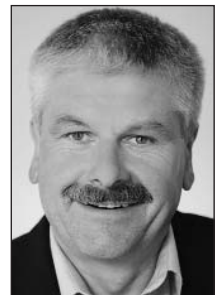


Eigentlich sollte in der Schule in der Ernst-Haeckel-Straße eine Filiale des Einstein-Gymnasiums untergebracht werden – nun sollen es Gesamtschüler der Voltaire-Schule werden.

Jahr die Feststellung getroffen werden müsse, dass Potsdam zu wenig Gesamtschulplätze habe. Die Stadt müsse aufhören, Flickwerk zu machen, sondern dauerhafte Lösungen anbieten, die für Eltern und Schüler Planungssicherheit bieten. Die Schulentwicklungsplanung liege in den Händen der Stadt. In dieser Richtung hatte DIE LINKE einen Ergänzungsantrag formuliert, der über den Filialbetrieb in der Haeckelstraße hinausgeht: In die Prüfung seien die bestehenden und möglichen Gesamtschulstandorte in Potsdam einzubeziehen. In der SVV im Mai sei ein Konzept vorzulegen, „wie der bestehende hohe Bedarf an Gesamtschulplätzen abgesichert werden kann“. Der Beschluss wurde samt Ergänzung mehrheitlich gefasst, nachdem die CDU die Ernsthaftigkeit ihres eigenen Dringlichkeitsantrages in Frage gestellt hatte, als sie ihn noch einmal in den Bildungsausschuss überweisen wollte.

Mit auf den Weg ...

Liebe
Potsdamerinnen und
Potsdamer,



mit der Wahl der Sozialbeigeordneten Frau Elona Müller-Preinesberger für weitere acht Jahre haben der Oberbürgermeister und die SPD-Fraktion von ihren Kooperationspartnern CDU, FDP und Grünen eine weitere Leistung aus dem Kooperationsvertrag eingefordert. Darin wurde bereits im Herbst 2008 festgeschrieben, dass dieses Amt der SPD zusteht. Obwohl in der Kommunalverfassung vorgeschrieben ist, dass Beigeordnetenstellen nur nach einer Ausschreibung zu besetzen sind, verfolgte der Oberbürgermeister diese Ausnahmeregelung. Seine Bündnispartner folgten ihm pflichtbewusst. Sie verzichteten per Beschluss auf eine Ausschreibung und damit auch auf ein sorgfältiges Auswahlverfahren, obwohl es um ein Spitzenamt in der Verwaltung geht, das für acht Jahre besetzt wird. Sicher hat die Amtsinhaberin dieses Amt mit Fachkunde und Energie ausgeübt, aber auf eine herausragende und ungetrübte Bilanz, wie sie ihr Herr Jakobs zuordnen will, kann sie eben nicht verweisen. So sind der lange Streit um die Straßenreinigungsgebühren, die Fehlentscheidungen und die nach wie vor ausstehende Lösung für ein neues Tierheim in Potsdam vor allem der Sozialbeigeordneten anzulasten. Interessiert hat die anderen Fraktionen offensichtlich auch nicht, dass Beigeordnete ihren Hauptwohnsitz in Potsdam haben sollten. Wie bei anderen Themen galt wieder einmal der Leitspruch: „Eine Hand wäscht die andere.“ Aber so kann die Stadt auf Dauer nicht regiert werden.

Ihr
Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, Mdl.
Fraktionsvorsitzender

Potsdam will sein Wachstum planen

Das war kürzlich in einer Zeitung zu lesen – und, dass der Beigeordnete Klipp das „Großprojekt“ Infrastrukturplan angekündigt habe.



Mit diesem Projekt soll das

„Fahren auf Sicht“ ein Ende haben.

Und dann wurden Vorhaben aufgezählt, die in diesem Jahr begonnen werden sollen: Synagoge, Drewitzpark, Freizeitbad, Bertinistraße. Auch in der Speicherstadt soll es weitergehen.

Weil das alles mit vielen Diskussionen verbunden ist, wird auch die Arbeit im Bauausschuss nicht ausgehen.

Nicht wenig Zeit wird für Wettbewerbe und Werkstattgespräche gebraucht.

Das war übrigens auch bei einem Vorhaben so, das für einen Tag in den Schlagzeilen stand, weil der Bauausschuss das Ergebnis eines Wettbewerbes und der 2-tägigen Diskussion darum kurzerhand aufgekündigt hat.

Da, wo einmal das „Haus des Reisens“ stand – und davor die „Alte Post“, soll diese nun wieder entstehen. Was kümmert's, dass der Wettbewerb einen Sieger hatte, dass es Übereinstimmung aller Beteiligten (bis auf einen – Herrn Klipp) zum Ergebnis gab?

Jetzt soll für das Grundstück ein Käufer und für das zu bauende Haus ein Bauherr gefunden werden. Nicht der Rede wert, könnte man meinen, so etwas passiert halt in Potsdam.

Es ist aber ein Präzedenzfall. Wenn es so einfach ist, Wettbewerbsresultate einfach über Bord zu werfen, dann muss die Frage gestattet sein, warum die überhaupt durchgeführt werden? Und, ob die Mittel dafür und die Zeit sich überhaupt lohnen?

Alibiveranstaltungen werden nicht gebraucht.

Rolf Kutzmutz,
Vorsitzender des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen, stellv. Ausschussmitglied im Hauptausschuss

Klimaschutzkonzept

In elf öffentlichen Veranstaltungen, die an geringem Bürgerinteresse litten, war im Oktober und November 2010 das Klimaschutzkonzept der Landeshauptstadt beraten und diskutiert worden. Wann können die Stadtverordneten nun mit der Vorlage für die Stadtverordnetenversammlung rechnen, fragte Jana Schulze.

Die Beschlussvorlage gebe es bereits, teilte der Oberbürgermeister Jann Jakobs mit. Aus den elf Stadtteilkonferenzen seien vier Schlussfolgerungen direkt in das Konzept aufgenommen worden. Weitere Vorschläge seien bereits in der Vorlage enthalten gewesen. Die Öffentlichkeitsarbeit, so der Oberbürgermeister, sei noch stark verbesserungswürdig.

Stiftung Freies Ufer Griebnitzsee

DIE LINKE hatte schon vor längerer Zeit vorgeschlagen, eine Stiftung Freies Ufer Griebnitzsee ins Leben zu rufen. Sie sollte realisiert werden, wenn die Stadt entsprechende finanzielle Aufwendungen hat. Durch den nun möglichen Kauf von Grundstücken vom Bund kommt dies jetzt auf die Stadt zu. Wie stehe es nun um die Gründung der Stiftung, fragte Hans-Jürgen Scharfenberg. Die Stiftung sei eine Idee von vielen, die Finanzierung zu unterstützen, antwortete Burkhard Exner. Er erinnerte an das eigens eingerichtete Spendenkonto mit der eingängigen Kontonummer 3000 bei der Mittelbrandenburgischen Sparkasse, auf das bisher nicht viel eingezahlt worden ist, was ihn nicht verwundere. „Wer Geld einlegt, will auch wissen, was daraus wird.“ Mit der öffentlichen Auslegung des B-Planes ab 7. März gebe es eine bessere Grundlage dafür.

Abgelehnt

Beigeordnete sollen Hauptwohnsitz in Potsdam haben

Dass Beigeordnete auch in ihrer Stadt wohnen, ist in Potsdam keine Selbstverständlichkeit. Daher erneuerte DIE LINKE ihre Forderung mit einem Antrag, den Hans-Jürgen Scharfenberg begründete. Ein Anliegen, das eigentlich selbstverständlich sein sollte. DIE LINKE erwarte, dass ein Beigeordneter „mit den Leuten wohnen und leben“ müsse, für die er arbeitet. Bei den Stadtverordneten sei dies selbstverständlich, so könnten diese das auch von den höchsten Verwaltungsbeamten der Stadt einfordern. Eine Mehrheit von 20 Stadtverordneten lehnte den Antrag ab.

Haltestelle Platz der Einheit

Das Gleisbett der Straßenbahn-Haltestelle Platz der Einheit West gleiche einer Müllhalde. Wann werde dieser Zustand beseitigt, fragte Birgit Müller.

Am 18. Februar sei die STEP mit der Säuberung beauftragt worden, teilte Beigeordneter Matthias Klipp mit. Birgit Müller entgegnete, dass der Zustand am 1. März noch unverändert war. Matthias Klipp weiter: Es gebe einen Zusammenhang mit dem Zustand an sich, denn am 1. Weihnachtstag hätten sich die Betonplatten im Gleis wegen des Frostes so hoch angehoben, dass die Straßenbahn nicht mehr fahren konnte. Daher seien die Platten mühsam in Handarbeit entfernt worden. Wie an vielen Stellen warte man jetzt auf Frostfreiheit, damit die Platten wieder verlegt werden können.

Radweg zum Filmpark

Hans-Jürgen Scharfenberg hatte die Bürgerfrage aufgenommen, warum in der Großbeerenstraße zwischen August-Bebel-Straße und Eingang zum Filmpark kein Radweg vorhanden ist. Angesichts der hohen Verkehrsdichte sei das ein erhebliches Sicherheitsrisiko. Baubeigeordneter Matthias Klipp stimmte mit der Einschätzung überein. Allerdings wäre ein Radweg als bauliche Anlage kurzfristig nicht möglich. Er denke für 2011 an einen Schutzstreifen aus Bitumen für Radfahrer auf der Fahrbahn. Zu Nachfragen erklärte er, dass es sich um keine durchgezogene, sondern eine unterbrochene Linie handele. Auf dem Schutzstreifen dürfe zwar gehalten, aber nicht geparkt werden. Die Radfahrerunfälle im letzten Jahr hätten ursächlich mit diesen Schutzstreifen nicht unmittelbar zu tun gehabt.

Überwiesen

Erhalt der Sporthalle Heinrich-Mann-Allee

Die Sporthalle in der Heinrich-Mann-Allee soll erhalten werden.

Dieser Antrag der LINKEN wurde in die zuständigen Ausschüsse überwiesen. Angesichts des Mangels an Hallenzeiten und des erfreulichen Zuwachses in den Sportvereinen der Stadt sei diese Sporthalle unverzichtbar, begründete Hans-Jürgen Scharfenberg. Weil die ursprünglichen Pläne zur Umsiedlung der Tennisanlage im angrenzenden Außenbereich nicht realisierbar und da ohnehin hohe Brandschutzinvestitionen notwendig sind, sollte die Sporthalle langfristig erhalten und saniert werden.

Personalausstattung im Kulturbereich überprüfen

Mehrheitlich angenommen wurde ein Antrag der LINKEN, in dem der Oberbürgermeister die Personalausstattung im Geschäftsbereich 2, insbesondere im Fachbereich Kultur, überprüfen soll. Es sei zu bewerten, wie diese den höheren Anforderungen an quantitative und qualitative Aufgabenstellungen entspricht. Die Ergebnisse sind bis September 2011 vorzulegen.

Verlegung der Hochspannungsleitung in Marquardt

Der Ortsvorsteher von Marquardt Dr. Wolfgang Grittner hatte Rederecht erhalten, um einen Antrag der LINKEN zu begründen. Er beschrieb die Auswirkungen der Hochspannungsleitung, die mitten durch den Ort führt. Gesundheitliche Beeinträchtigung bis zur Gefährdung bei gerissener Leitung beschrieb er und übergab eine Liste mit 370 Unterschriften Marquardter Bürger, die sich gegen den beabsichtigten Neubau auf der alten Trasse mitten durch ihren Ort wehren.

Der Antrag der LINKEN beauftragt den Oberbürgermeister, mit dem Energieversorger E.ON E.DIS und den zuständigen Fachministerien Gespräche zu führen, um den Ersatzneubau der 110 kV-Leitung nicht auf der alten Trasse durch den Ort zu führen. Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich dafür aus, dass die Neuverlegung der Hochspannungsleitung in Marquardt durch Erdverkabelung oder durch eine Verlegung der Trasse außerhalb der Wohnbebauung erfolgt. Der Hauptausschuss und der Ortsbeirat sind kontinuierlich über den Stand zu informieren.

Hans-Jürgen Scharfenberg appellierte an die Stadtverordneten, der Antrag müsse nicht erst in den Ausschüssen beraten werden, mit einer sofortigen Abstimmung sende die Stadt ein Signal für künftige Entwicklungen aus, die gerade vielerorts stattfinden. Der Antrag wurde mehrheitlich beschlossen.

Deserteurdenkmal über Winter nicht einhausen

Das Deserteurdenkmal auf dem Platz der Einheit soll künftig nicht mehr eingehaust werden und ganzjährig sichtbar sein.

Diesen Antrag der LINKEN, den Dr. Karin Schröter begründete, hat die Stadtverordnetenversammlung nach erneut kontroverser Diskussion mehrheitlich beschlossen. Damit ist ein langer Streit um

die zeitweise „Winterfestmachung“ – wie die vieler Statuen in Potsdam – zunächst beendet. Der Erhalt des Denkmals sei mit zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zu sichern.



Das „Denkmal des unbekanntes Deserteurs“ ist ein Auftragswerk der Partnerstadt Potsdams, Bonn (seit 1988), das zum 40jährigen Bestehen der Bundesrepublik dort aufgestellt werden sollte. Das Werk des türkischen Künstlers Mehmet Aksoy hatte für kontroverse Diskussionen gesorgt und war in Bonn nur für einen Tag gezeigt worden. Schließlich hatte sich ein Freundeskreis beider Städte gegründet, der das Denkmal der Stadt Potsdam angeboten hatte. Die Stadtverordneten beschlossen 1990 die Aufstellung, die danach ebenfalls zu vielen Diskussionen in Potsdam führte: Gerade in der „Metropole preußischen Geistes“ ein Denkmal für die Abkehr vom Gehorsam? In den 20 Jahren erlebte das Denkmal zwar Anschläge, doch es wurde auch ein wichtiger Ort der Erinnerung, des Gedenkens, der Willensbekundungen, der Mahnung und Ehrungen in der Landeshauptstadt.

„Es war und ist ein Stein des Anstoßes“, sagte Rolf Kutzmutz in der Diskussion, „es darf aber jetzt nicht zur ‚Kiste‘ des Anstoßes werden“. Die bereits lange währende und wieder aufgenommene Diskussion um Möglichkeiten des Witterungsschutzes müsse nun wenigstens dazu führen, das Denkmal nicht in einem Holzverschlag zu verstecken, sondern andere Möglichkeiten des Schutzes zu finden, die dem jederzeit öffentlichen, mahnenden Charakter des Denkmals entsprechen.

Ziel für Potsdam: Schulsozialarbeiter an allen Schulen der Stadt

Unabhängig von den Ergebnissen für die Förderung von 3.000 Schulsozialarbeitern im gesamten Bundesgebiet müsse es das Ziel sein, dass in der Perspektive jede Potsdamer Schule einen Sozialarbeiter hat. Stefan Wollenberg begründete den Antrag der LINKEN, der in den Jugendhilfe- und den Bildungsausschuss überwiesen wurde. Bis Dezember 2011 soll ein Konzept erarbeitet werden, mit dem in der Landeshauptstadt langfristig dieses Ziel erreicht werden kann.

Hauptausschuss zur gleichzeitigen AVUS- u. Fernbahnstreckensanierung

Neben den bisherigen Aktivitäten der Verwaltung, Einfluss auf die Einschränkungen wegen der beabsichtigten parallelen Sanierung der Autobahn und Eisenbahnstrecke nach Berlin zu nehmen, soll das Thema auch im Hauptausschuss behandelt werden. Dr. Karin Schröter begründete den Antrag der LINKEN. Dazu soll der Geschäftsführer des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg, Werner Franz, eingeladen werden, beschlossen die Stadtverordneten.

Erhalt preiswerter Wohnungen Am Alten Markt

Die Wiedergewinnung der historischen Mitte dürfe nicht auf Kosten preiswerter Wohnungen im Zentrum der Stadt erfolgen, erklärte Hans-Jürgen Scharfenberg zu einem Antrag der LINKEN. „Bestandswohnungen des städtischen Wohnungsunternehmens, wie die 180 Wohnungen Am Alten Markt, sind unverzichtbar zur Wahrnehmung unserer sozialen Verantwortung“, sagte er weiter. Man müsse über beide Ziele sprechen und dürfe nicht eines ausblenden. Über den „Zielkonflikt“ wird nun der Ausschuss Stadtentwicklung und Bauen beraten.

Angebotsverbesserung beim Eisenbahn-Fernverkehr

Ralf Jäkel brachte den Eisenbahn-Fernverkehr am Bahnhof Potsdam mit einem Antrag der LINKEN erneut auf die Tagesordnung. Es sei nicht hinnehmbar, dass nur ein einziger IC in Potsdam hält und der Bahnreisende die nächste schnelle Verbindung erst in Berlin findet. Durch die Rekonstruktion der Bahnanlagen bei Berlin Charlottenburg werde eine Nutzung auch für attraktive Fernverbindungen für Potsdam möglich. Der Antrag wird in den Ausschüssen beraten.

Was – wann – wo?

Sitzungen der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam

Stadthaus, Raum 3.107, Beginn jeweils 18 Uhr
21. und 28. März 2011; 4.; 11. und 18. April 2011

30. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Potsdam mit Einwohnerfragestunde

Stadthaus, Plenarsaal
06. April 2011, Beginn 15 Uhr
Frühschoppen „Rathausreport live“

Café Staudenhof, Am Alten Markt 10, Potsdam Mitte

10. April 2011, Beginn 10 Uhr

Ausgabe „Rathausreport“ Nummer 3/2011

Stadthaus, Raum 3.107
15. bis 20. April 2011 (außer Sa. und So.)

Info-Stände in den Stadtteilen:

15. April 2011:

- 14:30 Uhr Kepler-Platz/
Am Stern
- 15:30 Uhr Havel-Nuthe-Center/Drewitz
- 16:00 Uhr Haltestelle Fr.-Wolf-Straße/Waldstadt II

16. April 2011:

- 10:00 Uhr Weberplatz/Babelsberg
- 10:00 Uhr REWE-Markt/Zentrum Ost
- 10:00 Uhr Haltestelle Magnus-Zeller-Platz/Am Schlaatz
- 10:30 Uhr Kaiser's/Kirchsteigfeld

Bürgersprechstunde

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg (MdL) und Fraktionsvorsitzender
am 16. März 2011 von 17 – 18 Uhr
im Bürgerbüro, Galileistraße 37/39 (Bürgerhaus Stern*Zeichen)

Voranmeldungen sind möglich unter: Tel.: 0331/600 50 69; Mail: wkbscharfenberg@aol.com

Nachgerückt in die Fraktion DIE LINKE

Solveig Sudhoff

nachgerückt für
Hella Drohla



Solveig Sudhoff ist 1959 in Potsdam geboren, sie ist Diplom-Staatswissenschaftlerin und Angestellte im Öffentlichen Dienst.

Sie hat im Wahlkreis 4 (Stadtteile Templiner Vorstadt, Teltower Vorstadt, Schlaatz, Waldstadt I und II) für die Stadtverordnetenversammlung kandidiert. Solveig Sudhoff hat zwei erwachsene Söhne.

In der Stadtverordnetenversammlung arbeitet sie im Ausschuss für Eingaben und Beschwerden und ist stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung.

Gudrun Hofmeister

nachgerückt für
Brigitte Oldenburg



Gudrun Hofmeister ist 1947 in Döblitz geboren, sie ist von Beruf Bibliothekarin, jetzt im Ruhestand.

Sie hat im Wahlkreis 5 (Stadtteile Stern, Drewitz, Kirchsteigfeld) für die Stadtverordnetenversammlung kandidiert.

Gudrun Hofmeister ist verheiratet und hat zwei erwachsene Töchter.

In der Stadtverordnetenversammlung arbeitet sie im Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung und ist stellvertretendes Mitglied im Kulturausschuss.

Olga Schummel

nachgerückt für
Dr. Herbert Schlomm



Olga Schummel ist 1972 in Minsk geboren und ist von Beruf Philologin mit Masterabschluss. Sie hat im Wahlkreis 3 (Eiche, Golm, Grube, Bornim, Marquardt, Satz Korn, Uetz Paaren, die Stadtteile Brandenburger Vorstadt, Potsdam West) für die Stadtverordnetenversammlung kandidiert. Olga Schummel ist verheiratet und hat vier schulpflichtige Kinder.

In der Stadtverordnetenversammlung arbeitet sie im Ausschuss für Bildung und Sport und ist Vorsitzende des Migrantenbeirates der Landeshauptstadt Potsdam. Sie ist Mitglied im Landesvorstand der LINKEN Brandenburg.

Stadtverordnete der LINKEN in Gremien der Stadt

Aufsichtsrat der Gesellschaft für Kultur, Begegnung und soziale Arbeit in Potsdam gGmbH

Dr. Sigrid Müller
Stadtteilrat Waldstadt/Schlaatz
als Stellvertreter:
Stefan Wollenberg

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Stadtteilrat Stern/Drewitz/Kirchsteigfeld
als ordentliches Mitglied:

Jana Schulze
als Stellvertreter:
Brigitte Oldenburg
Dr. Hans-Jürge Scharfenberg
Rolf Kutzmutz

Als sachkundig berufen

Als sachkundige Einwohnerin wurde auf Vorschlag der LINKEN Carla Villwock in den Ausschuss für Kultur der Stadtverordnetenversammlung berufen. Carla Villwock ist Geschäftsführerin des Brandenburgischen Kulturbundes e.V.

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam

V.i.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Da der Rathausreport sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:

DIE LINKE.Fraktion, Friedrich-Ebert-Straße 79/81,
14469 Potsdam

E-Mail: DIE LINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de

Telefon: 0331/289 30 51, Fax: 331/289 31 19